

MÜNZENMAIERS MAGAZIN

UNZENSIERTE NACHRICHTEN AUS ERSTER HAND!

AUSGABE 01/2023

Warum AfD?

*Der Blick aus dem Vorfeld
(EinProzent-Redaktion)*

FEST VERANKERT

Gastbeitrag von
Dr. Alexander
Gauland



UKRAINE-KRIEG

*Waffenlieferungen für
den Frieden?*

10 JAHRE AfD

BLICK AUF EINE ERFOLGSGESCHICHTE



MÜNZENMAIERS MAGAZIN **gibt es auch digital!**

**Unzensierte
Nachrichten
tagesaktuell**



WWW.MUENZENMAIERS-MAGAZIN.DE

Liebe Freunde,

das Jahr 2023 ist ein besonderes Jahr für unsere Bürgerpartei. Die Alternative für Deutschland wird zehn Jahre alt, ein ganz besonderes Jubiläum für uns alle und ein Jubiläum, auf das wir stolz sein dürfen.

Zehn Jahre Kampf für das Eigene, zehn Jahre Widerstand und harte, sachliche Oppositionsarbeit, zehn Jahre der Stachel im Fleisch der Etablierten – wir sind und bleiben die erfolgreichste Parteineugründung der BRD!

Was haben wir nicht alles in den vergangenen zehn Jahren erlebt. Höhen und Tiefen, Überraschungen, Erfolge aber auch Enttäuschungen, politisch wie menschlich. Zehn Jahre AfD könnten ganze Bücher füllen, aber wir fangen mit diesem Magazin erstmal an. ;-)

Selbstverständlich steht die Ausgabe im Zeichen unseres Jubiläums und es ist mir eine Freude, dass unser Ehrenvorsitzender Dr. Alexander Gauland als Gastschreiber zur Verfügung stand, um einen Blick auf unser Zehnjähriges zu werfen.

Wir haben viel erreicht, wir sind den Kinderschuhen entwachsen und jetzt ist es an der Zeit, gemeinsam nach vorne zu schauen und den nächsten Schritt zu gehen. Wir sind bereit für mehr, wir müssen endlich auch auf verschiedenen Ebenen Verantwortung übernehmen und dieses Land zum Besseren prägen.

Unter diesem Motto müssen die kommenden Jahre stehen und ich bin mir sicher, dass wir unser nächstes Jubiläum als Partei feiern werden, die in einigen Bundesländern erfolgreich Regierungsverantwortung übernommen hat!

Unser Jubiläumsjahr ist in dieser Hinsicht sehr gut gestartet: Die Mitgliederzahlen steigen deutlich, unsere Umfragewerte wachsen, bei einigen Instituten haben wir bereits die Grünen überholt!

Auf dieser Basis müssen wir aufbauen. Hart arbeiten, diszipliniert bleiben, nach innen konstruktiv streiten und nach außen geschlossen angreifen. So funktioniert eine erfolgreiche AfD und so werden wir auch weiterhin wachsen. Die Europawahl im kommenden Jahr wird ein erneuter bundesweiter Gradmesser und wir müssen schon heute ein Fundament für 2024 bauen, sodass wir hoffentlich ein Höchstergebnis einfahren werden! Schließlich liefert diese EU Tag für Tag neue Beispiele, warum wir das Bürokratiekonstrukt reformieren und abwickeln müssen: Vom Verbrennerverbot bis hin zum Sanierungszwang für Bestandsimmobilien werden fleißige Steuerzahler geschröpft und in die Verzweiflung getrieben. Damit muss Schluss sein und nächstes Jahr hat jeder von uns die Möglichkeit, den Stimmzettel zum Denkmittel für abgehobene EU-Eliten umzufunktionieren.

Also, genießen Sie diese Lektüre, genießen Sie unser Jubiläum und lassen Sie uns gemeinsam jeden Tag für ein besseres Deutschland in einem florierenden Europa der Vaterländer arbeiten. Ich zähle auf Sie!

Herzliche Grüße

Ihr Sebastian Münzenmaier



Inhaltsverzeichnis

03 Vorwort von Sebastian Münzenmaier

10 JAHRE AfD

07 10 Jahre AfD - Eine Erfolgsgeschichte

09 Fest verankert - Gastbeitrag von Dr. Alexander Gauland

10 Wie weiter nach 10 Jahren AfD? - EinProzent-Redaktion

12 Kolumne - Blickpunkt: Ost! - 10 Jahre AfD: Zu historisch?

POLITIK & HINTERGRÜNDE

15 Ukraine-Krieg: Waffenlieferungen für den Frieden?

18 Wehrpflicht - Pro & Contra

20 Impressionen - Aktiv für Deutschland

22 Migrationskrise 2023

24 Wohnungsnot: Deutschland droht die Obdachlosigkeit

28 FDP am Abgrund: Wie der liberale Jenga-Turm fällt

SONSTIGES

30 Buchrezension: „Reden wir über Postdemokratie“

32 Serienrezension: „Harry & Meghan“

36 Nachruf: In Erinnerung an Corinna Miazga

38 Kreuzworträtsel

39 Kontakt, Info & Impressum

MÜNZENMAIERS MAGAZIN

JETZT KOSTENLOS ABONNIEREN

Sie wollen „Münzenmaiers Magazin“
regelmäßig direkt nach dem Erscheinen
erhalten?

Dann abonnieren Sie das Magazin absolut
kostenfrei und seien Sie immer einer der
Ersten, der die neueste Ausgabe in den
Händen hält.

Wie? Einfach eine E-Mail mit dem Betreff
„Abo Münzenmaiers Magazin“
und Ihren Adressdaten an
redaktion@muenzenmaiers-magazin.de
schicken.

Wir freuen uns über Ihre Nachricht!



10
JAHRE

AfD



10 Jahre AfD – Eine Erfolgsgeschichte

Am 06. Februar 2023 feierten wir das 10-jährige Bestehen unserer Alternative für Deutschland (AfD). Vorausgegangen aus der „Wahlalternative 2013“, gründete unter anderem unser heutiger Ehrenvorsitzender Dr. Alexander Gauland eine neue Partei, die eine einzigartige Erfolgsgeschichte in der Historie der Bundesrepublik Deutschland schreiben sollte.

Erste Bewährungsprobe

Die erste Bewährungsprobe ließ nicht lange auf sich warten. So scheiterten wir nur wenige Monate nach der Gründung, im September 2013, mit einem Wahlergebnis von 4,7 % knapp am Einzug in den Deutschen Bundestag. Ein beachtliches Ergebnis, aber leider kein ausreichendes. Viele hielten uns danach, wie so oft in unserer Geschichte, für erledigt. Der links-grüne Mainstream sah uns nach einem halben Jahr bereits am Ende und hoffte, schon bald wieder unbemerkt sein Unwesen treiben zu können. Doch diesen Gefallen taten wir ihm nicht. Wir rafften uns auf und schafften im Mai 2014 mit ordentlichen 7,1 % den Einzug ins Europäische Parlament. Noch im gleichen Jahr zogen wir mit teilweise zweistelligen Ergebnissen in die Landtage von Brandenburg, Thüringen und Sachsen ein.

Die Bevölkerung zeigte dem politischen Establishment also: Wir wollen eine Alternative zu euch!

Überschattet wurden diese Erfolge leider schnell von Personalstreitigkeiten. In einer Partei, die so schnell aus dem Nichts gewachsen ist und die auf keine festen Strukturen zurückgreifen konnte, war es leider nur eine Frage der Zeit, bis es zu inneren Spannungen kommen musste. So kam es 2015 auf dem Essener Parteitag zu der wohl größten Zäsur unserer jungen Partei. Unter anderem der bisherige Vorsitzende Bernd Lucke trat in der Folge aus, behielt aber sein EU-Mandat, für das tausende AfD-Mitglieder Flyer verteilt und Plakate gehängt hatten.

Auch wenn viele Herrn Lucke einst sehr schätzten, hinterließ diese Mandatsmitnahme doch bei fast allen einen faden Beigeschmack.

Ähnliche Verhaltensmuster wiederholten sich bei weiteren zeitweiligen Führungsfiguren. Viele, die schnell in der Partei nach oben gespült wurden, ging es leider nicht um Deutschland oder die AfD, sondern sie sahen die Partei als Instrument zu ihrer Selbstverwirklichung an. Ab dem Zeitpunkt, an dem das eigene Ego nicht mehr bedient werden konnte und die eigene Karriere nicht mehr so verlief, wie man es sich wünschte, verließ man dann die Partei, häufig nicht ohne übel nachzutreten. Wir können also froh sein, diese Häutungsprozesse durchlebt zu haben. So war die Folge der größten Zäsur im Jahr 2015, dass man 2016 stärker denn je zurückkam. In Rheinland-Pfalz gelang uns bei der Landtagswahl ein Ergebnis von 12,6 %, kein Jahr nach dem uns viele Journalisten totgesagt hatten.

Der erste Bundestageinzug

Im Folgejahr 2017 gelang dann der Einzug in den Deutschen Bundestag.

Vorgebliches Ziel der Altparteien nach diesen ersten Parlamentseinzügen war es, uns „inhaltlich zu stellen“. Die These war, dass die AfD so schlechte und sie selber so gute Arbeit leisten, dass uns bald schon keiner mehr wählen würde. Nachdem dies nicht funktionieren mochte, änderte man die Strategie. Man nahm ein Lehrbuch totalitärer Staaten aus dem Schrank und entschied sich für das Konzept, die Opposition geheimdienstlich bespitzeln zu lassen.

Man fand mit Thomas Haldenwang den perfekten Handlanger und fortan unternahm der sogenannte Verfassungsschutz alles, um gegen die AfD zu agieren. Aber auch diese lästige Stasi-Kopie hat unsere Partei nicht kleinbekommen.

Denn unsere Mitglieder und eine deutliche Menge der Bürger haben inzwischen ein gutes Gespür dafür, dass sie einer Regierung gegenüberstehen, die bewusst gegen sie agiert. Und dabei auch vor der undemokratischen Instrumentalisierung ihrer Behörden nicht zurückschreckt. Normale Bürger, die montags friedlich spazieren, werden zu Kriminellen erklärt. Freiheit musste man sich zeitweise mit einer Spritze im Arm erkaufen. Einziger politischer Verbündeter der Bürger gegen diese willkürlichen staatlichen Maßnahmen ist die AfD. Gerade während der Corona-Maßnahmen war die AfD der einzige Wächter über die Regierung. Und hat deutlich gemacht, dass das Demonstrationsrecht auch und gerade dann gilt, wenn es der Regierung nicht passt.

Und so haben wir trotz und vielleicht auch wegen all der staatlichen Repressionen eine stabile Stammwählerschaft und Mitglieder, die sich engagiert für ihre demokratischen Rechte einsetzen. Und das bei Wind und Wetter und gegen viele Widerstände! Sie tun das in dem Wissen, dass die AfD die einzige Partei ist, die diesen ganzen Irrsinn noch beenden kann.

Dieser Irrsinn hat bekanntlich viele Formen in unserer Gesellschaft: Corona-Maßnahmen, unkontrollierte Masseneinwanderung, Quoten, Genderwahn. Die Liste könnte ein jeder von uns beliebig fortführen.

Die AfD stellt sich all dem nun seit zehn Jahren als Bollwerk entgegen. Wir haben längst bewiesen, dass wir breit aufgestellt sind. Wir kämpfen gegen eine Geldpolitik, die Wohlstand zerstört.

Wir setzen uns für die Identität dieses Landes und für mehr Sicherheit ein und wollen daher ein Ende der unkontrollierten Zuwanderung. In der Corona-Krise haben wir die Freiheit verteidigt, vor allem auch der sogenannten „Ungeimpften“, denen man beinahe das Menschsein abgesprochen hat.

Heute sind wir die einzige Friedenspartei, die sich für ein Ende des Konflikts in der Ukraine einsetzt und vieles mehr. Steigende Umfragewerte bestätigen unsere Politik. Und eine starke Alternative wird mehr denn je gebraucht.

Wir sind bereit für mehr!



Bereit für mehr.

Gastbeitrag von Dr. Alexander Gauland

Rückblickend mag man es als Ironie der Geschichte verstehen, dass ausgerechnet wir - jener konservative Menschenschlag, der die Traditionen erhalten und pflegen möchte - mit einer der größten Traditionen der Bundesrepublik brechen mussten.

Die CDU ist ein Kanzlerwahlverein, die Fußballnationalmannschaft ist eine Turnier-Elf und Partei-Neugründungen sind zum Scheitern verurteilt. Was früher wie in Stein gemeißelt schien, wurde spätestens mit der Kandidatur von Armin Laschet und dem vorzeitigen Ausscheiden der DFB-Elf bei zwei WM-Turnieren in Folge ad absurdum geführt und nun endgültig mit dem zehnjährigen Jubiläum unserer Partei zu Grabe getragen. Die AfD ist im zehnten Jahr ihres Bestehens mittlerweile fest in der deutschen Parteienlandschaft verankert. Ein Niedergang, mag er auch noch so oft prophezeit worden sein, ist noch nicht einmal annähernd erkennbar.

Es waren Politiker vom Schlage eines Peter Tauber oder Heiko Maas, welche nicht müde wurden, in den Anfangsjahren der AfD den baldigen Abgang unserer Partei von der politischen Bühne vorherzusagen. Die AfD werde den Weg der Piratenpartei gehen, zumindest war dies die Meinung zahlreicher Redakteure und Politologen. Jene heute fast vergessene Partei hatte in den Jahren 2011 bis 2013 eine Blütezeit erlebt und versucht, mit einer Mischung aus rot-grüner Programmatik und dem Kernbereich der Digitalisierung eine ernsthafte Alternative zu der bestehenden Parteienlandschaft darzustellen. Es waren jedoch nicht die innere Zerstrittenheit, die teilweise illustren Personen, die sich in ihr tummelten oder die Bekämpfung durch den politischen Gegner, die ihre Talfahrt einleiteten. Nein, es war die Tatsache, dass die politisch linken Parteien inhaltlich noch intakt, also nicht politisch entkernt waren. Es entstand kein Vakuum für deren Wähler, welches hätte gefüllt werden müssen, weswegen eine dauerhafte Abwanderung schlichtweg nicht realisiert werden konnte.

Es war aber jener Politiker des modernen, smarten Typus, welcher unter der Führung Angela Merkels die CDU aushöhlte. Jahrzehntelang bewährte Grundsätze und Eckpfeiler einer konservativen Partei wurden mit der Dauer aufgegeben. Werte und Ideale waren nur noch Teil einer Verhandlungsmasse im Ringen um zukünftige Regierungsbeteiligungen und Ministerposten. Man warf jedes konservative Element über Bord im stetigen Versuch, auf Bundesebene die einzige Volkspartei zu werden, die selbsternannte Mitte. Dabei wurde eines offensichtlich: Die CDU hatte und hat der Transformation der Gesellschaft durch linke und grüne Kräfte nichts entgegenzusetzen. Es gibt kein Gegenkonzept und als Reaktion auf die immer stärkere Beeinflussung ist nicht etwa ein Entgegensteuern zu vernehmen, nein, allenfalls ein Verlangsamten.

Es mag den Zeiten in denen wir leben geschuldet sein, dass die stetige Weisung, die AfD habe sich weiter radikalisiert, beinahe mantra-artig vorgetragen nach jedem Parteitag und nach jeder personellen Veränderung, seitens der Medien und der politischen Kontrahenten geäußert wird. Man folgt dabei dem altbekannten Credo, dass derjenige, der auf den Schmutz hinweist, als gefährlicher gelte, als der, der ihn verursacht. Diese von Tucholsky stammende Weisheit hat sich bis heute bewahrheitet, ist doch für viele allein die Existenz einer Opposition zu ihrer Agenda das größere Übel, als alle damit einhergehenden Konsequenzen, welche unser Volk zu

*Dr. Alexander Gauland
ist Mitbegründer und
Ehrenvorsitzender
der Alternative für
Deutschland*





WIE WEITER NACH 10 JAHREN AfD?

von der EinProzent-Redaktion

Es schien fast unmöglich, dass in diesem Land eine Partei rechts der Union entstehen kann. Zu einzig schien das Kartell aus etablierter Politik, Medien, steuerfinanzierter „Zivilgesellschaft“ und Geheimdiensten.

Doch trotz der rücksichtslosen Ausgrenzung alternativer Positionen schaffte es die AfD, auf allen Ebenen in die Parlamente einzuziehen. Zu groß war der gesellschaftliche Bedarf nach einer Partei, die jene Themen anspricht, die das erwähnte Kartell gerne vertuschte oder deren Diskussion es gar unterdrückte. Doch wie soll es nach zehn Jahren AfD weitergehen?

Reicht es, dass man Mandate besetzt, die den Vertretern der Etablierten vorenthalten bleiben – oder will man mehr? Wenn ja, wie könnte dieses „mehr“ konkret aussehen?

Ziel einer jeden Partei muss es sein, mitzugestalten. Dafür gibt es zwei Wege: Entweder aus der Opposition heraus agieren oder, wenn möglich, mit einem großen Teil des Volkes im Rücken, als Teil der Regierung. Aus Sicht einer patriotischen Bürgerinitiative sind beide Wege, so sie denn durchdacht beschritten werden, wünschenswert.

Doch was braucht es dafür?

Eine echte Alternative!

Man kann sich damit zufriedengeben, einige Mandate zu erringen und dem politischen Gegner ab und an das Leben schwer zu machen – oder man schöpft die eigenen Möglichkeiten voll aus. Das beginnt damit, dass man die Sphären von Parlament und Partei, wann immer es möglich ist, verlässt und auf die Suche nach neuen Verbündeten geht.

Wir, die Bürger und Wähler, haben recht wenig von Parlamentsreden oder den meisten parlamentarischen Initiativen, wenn sie nicht in unserer Realität ankommen. Was es braucht sind Abgeordnete, bei denen die Bürgernähe nicht nur ein abgestumpftes Ritual ist. Wir brauchen Volksvertreter, die von sich aus auf der Suche nach interessanten Projekten und Partnern sind. Wir brauchen Mandatsträger, die begriffen haben, dass Vorfeldarbeit mehr ist als schmückendes Beiwerk für den nächsten Parteitag oder die Internetseite.

Wer heute Bürgerinitiativen, die Gegenkultur oder patriotische Freiräume unterstützt, der sorgt dafür, dass die AfD auch noch einen 20. und einen 30. Geburtstag feiern und ihre politische Relevanz steigern kann. Dabei geht es nicht immer nur um Geld, sondern auch um ehrlichen Einsatz und die Unterstützung derer, die sich trotz eines unfassbar hohen repressiven Drucks aus der Deckung wagen. Diese Unterstützung kann über konkrete Anfragen, Öffentlichkeitsarbeit, echte Solidarität oder logistische Hilfen geleistet werden.

Wichtig ist, dass sich jeder Parteigänger und Mandatsträger, trotz aller Arbeitsbelastung, einmal fragt, wie er sein politisches Umfeld erweitern kann. Was kann man tun, um neue Menschen zu erreichen und langfristige Strukturen zu schaffen? Dabei geht es nicht nur um kurzfristige Wählerstimmen, sondern darum, dass sich auch in Zukunft Menschen für den Erhalt ihrer Heimat und die Kultur ihrer Vorfäter interessieren und einsetzen.

Im Idealfall überzeugt man als AfD-Mitglied so sehr, dass einem dieses selbst geschaffene Um- und Vorfeld die Treue hält, egal welche Sau gerade wieder durchs Dorf getrieben wird.

Natürlich ist es für beide Seiten schwer, Partner zu finden, die solch einen dauerhaften Einsatz verdienen. Noch schwerer ist es aber, den ersten Schritt zu gehen und die eigene Wohlfühlzone zu verlassen – und dabei zu begreifen, dass das Ziel, dass wir alle anstreben, nur mit einer breit aufgestellten, vielfältigen patriotischen Bewegung erreicht werden kann.



EINPROZENT

Die Bürgerinitiative „EinProzent“ versteht sich als professionelle Widerstandsplattform und Bürgernetzwerk für deutsche Interessen.

www.einprozent.de

Unser Kolumnist René Aust ist seit 2019 Abgeordneter im Thüringer Landtag und stellvertretender Sprecher des AfD-Landesverbandes Thüringen.



Zeit für Verantwortung und den Aufbau junger Talente

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 hat die Alternative für Deutschland (AfD) eine bewegte Geschichte hinter sich. In den letzten zehn Jahren hat die Partei die politische Landschaft in Deutschland grundlegend verändert. Nun ist es an der Zeit, Verantwortung zu übernehmen und die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Die AfD genießt heute ihre größte Unterstützung in den östlichen Bundesländern.

Hier wird der erste Dominostein in Bezug auf Regierungsbeteiligung fallen. Dann werden die Bürger im Westen sehen können, dass all die Horrorszenarien und hysterischen Warnungen maßlos übertrieben sind bzw. waren.

Wir werden unsere Chance erhalten, uns in Regierungsverantwortung beweisen zu können.

Aber um langfristig erfolgreich zu sein und einen positiven Wandel für Deutschland herbeizuführen müssen wir in der AfD unsere Anstrengungen verstärken, die nächste Generation politischer Führungskräfte aufzubauen.

Wir müssen politische Bildungsprogramme auflegen, die unsere Überzeugungen weitergeben und gleichzeitig Raum für neue Ideen bieten. Wir müssen junge Menschen ermutigen, sich politisch zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und die Zukunft Deutschlands und Europas zu gestalten.

Wir stehen am Beginn einer entscheidenden Zeit für unsere gemeinsame Sache. Mitte und Ende der 2020er Jahre werden das Schicksal ganz Europas bestimmen. Dabei müssen wir uns fragen: Sind wir wie Ätius, der das Römische Reich gegen die Hunnen verteidigte, wie Karl Martell, der das Vordringen der Araber in Europa aufhielt, oder Johann III. Sobieski, der die Türken vor den Toren Wiens besiegte? Dazu braucht es den festen Willen zu europäischer Kooperation. Nicht in Form eines EU-Bundesstaates, sondern in Form eines Europäischen Bundes souveräner Nationalstaaten; also dem Europa der Vaterländer!

Die verschiedenen historischen Versuche, die europäischen Völker unter eine Regierung zu zwingen, sind - glücklicherweise - immer gescheitert. Heute versuchen Leute wie Frau von der Leyen, Europas Völker unter eine Zentralregierung in Brüssel zu zwingen. Auch dieser Versuch wird scheitern!

Unsere Ablehnung dieser EU wird in der Öffentlichkeit bewusst missverstanden, um daraus eine generelle Ablehnung europäischer Zusammenarbeit zu interpretieren.

Wir sollten uns von dieser Lüge von Medien und politischer Konkurrenz nicht aus dem Konzept bringen lassen. Natürlich sind wir zur Zusammenarbeit mit den europäischen Völkern und den uns wesensähnlichen Parteien in diesen Ländern - z. B. FPÖ, Rassemblement National usw. - bereit. Allein schon die Bevölkerungsentwicklung in Afrika zwingt uns dazu: Laut Prognosen könnte sich die Bevölkerung bis 2050 auf etwa 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln; eine weitere Verdopplung wird bis zum Ende des Jahrhunderts prognostiziert. Der daraus zu erwartende Migrationsdruck muss jedem Europäer klar machen, dass ohne die Festung Europa von der europäischen Zivilisation - die sich aus den reichhaltigen Kulturen der europäischen Völker ergibt - und von der friedlichen inneren Ordnung in Europa nichts übrigbleiben wird. Was nun heißt Festung Europa? Niemand darf diesen Kontinent betreten, von dem wir nicht wollen, dass er diesen Kontinent betritt!

In diesem Sinne ist die kommende Zeit für die AfD und ihre Unterstützer entscheidend. Es liegt an uns, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um unsere Partei weiterzuentwickeln und die Zukunft Deutschlands und Europas positiv zu gestalten. Nur so können wir das Schicksal unseres Landes und Kontinents beeinflussen und in die Fußstapfen von Ätius, Karl Martell und Johann III. Sobieski treten.

René Aust, MdL



POLITIK &.. HINTERGRÜNDE



WAFFENLIEFERUNGEN FÜR DEN FRIEDEN?



Nach langen Debatten beschloss der Bundestag im Januar 2023, Kampfpanzer und weiteres militärisches Gerät an die Ukraine zu liefern.

Dies beinhaltet unter anderem den Schützenpanzer „Marder“, das Flugabwehrsystem „Iris-T“ und den Flakpanzer „Gepard“. Es steht jedoch zu befürchten, dass damit das Ende noch lange nicht erreicht ist.

Kriegspartei Deutschland?

Durch die Lieferung von Kampfpanzern ist Deutschland immer stärker in den Ukraine-Konflikt involviert und es droht die Gefahr, durch dieses starke Engagement selbst zur Kriegspartei zu werden. Politiker der Altparteien scheinen sich dies indessen wohl schon lange zu wünschen.

Die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock äußerte vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg etwa: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland (We are fighting a war against Russia).“ Auf eine Anfrage von Sebastian Münzenmaier im Bundestag, ob die Bundesregierung anlässlich dieser Aussagen der Auffassung ist, dass Deutschland im völkerrechtlichen Sinne und im Sinne des Staatsrechts im Krieg mit Russland sei, wird nur ausweichend geantwortet. Erst im letzten Absatz des Antwortschreibens wird darauf überhaupt Bezug genommen mit den Worten: „Die Ukraine dabei zu unterstützen, ihr in der Charta der Vereinten Nationen verbrieftes Selbstverteidigungsrecht auszuüben, macht Deutschland nicht zu einer Kriegspartei.“ Eine klare Distanzierung der Kriegsgelüste von Frau Baerbock sieht anders aus.

Aufgrund dieser unverantwortlichen, hoch gefährlichen Politik fand AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla deutliche Worte: „Die Bundesregierung treibt Deutschland in einen Krieg mit Russland. Die Grünen sind dabei Kriegstreiber Nummer eins. Der Ukraine-Krieg ist aber nicht unser Krieg.“

Auch ungeachtet der Frage, ob Deutschland nun Kriegspartei ist oder nicht, kann man hinterfragen, ob Waffenlieferungen dazu beitragen, tatsächlich Frieden zu stiften. Denn zunächst muss sich in Erinnerung gerufen werden, dass diese zur weiteren Eskalation von Konflikten, zu einer Verlängerung der Kampfhandlungen und damit zu weiteren Toten führen. Waffenlieferungen bewirken also erst einmal weiteres Leid sowohl auf der ukrainischen, als auch auf der russischen Seite. All das in einem Krieg, bei dem man schon heute davon ausgeht, dass etwa 280.000 Soldaten gefallen sind oder verwundet wurden.

Ferner sind Zweifel angezeigt, ob Panzerlieferungen die Ukraine in die Lage versetzen, die russisch besetzten Gebiete in einem nennenswerten Umfang zurückerobern zu können. Wahrscheinlich ist also, dass sie außer neuem Leid gar nichts bewirken.

Noch mehr Waffen für die Ukraine?

Nachdem die Bundesregierung nach langem Ringen dazu überging, nun doch auch Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern, dauerte es keine Stunde, bis neue Forderungen ukrainischer Politiker erhoben wurden. Der ehemalige Botschafter und aktuelle ukrainische Vize-Außenminister Andrij Melnyk ist dabei einer der eifrigsten Protagonisten. Der Vater eines Sohnes, der lieber in Deutschland studiert, statt seinem Land an der Front zu dienen, möchte von Deutschland nun auch noch Kampfflugzeuge und eine Unterstützung für die Marine haben. Der ukrainische Präsident Selenskyj sprach davon, dem deutschen Bundeskanzler Druck zu machen, damit dieser noch mehr deutsches Gerät an die Ukraine verschenken möge. Von Dankbarkeit ist auf ukrainischer Seite also keine Spur, stattdessen immer nur neue Forderungen. Dass der ukrainische Präsident davon spricht, dem Regierungschef „Druck zu machen“, macht zudem deutlich, wie abwertend ukrainische Funktionäre mit Deutschland umgehen. Während Kanzler Olaf Scholz klar machen könnte, dass ein solcher Anspruch seitens der Ukraine überhaupt nicht besteht und alle Leistungen Deutschlands ein reines Entgegenkommen an die Ukraine sind, macht unsere Regierung das, was sie am besten kann: buckeln!

Rückkehr an den Verhandlungstisch

So schlimm dieser Krieg ist und so wichtig es wäre, auf ziviler Ebene zu helfen, so notwendig ist es eben auch, dafür zu sorgen, dass Deutschland nicht (noch) stärker in diesen Krieg hineingezogen wird. Das Gebot der Stunde muss lauten, an den Verhandlungstisch zurückzukommen und zur Diplomatie zurückzukehren. Der Krieg in der Ukraine ist eine moderne europäische Tragödie. Die Politik sollte alles tun, für ein zeitnahes Ende dieser Tragödie zu sorgen. Und dieses Ende kann nur heißen: Frieden in Europa.

MAGAZIN VERPASST?



Auf unserer Netzseite können Sie sämtliche bisher erschienenen Magazine einsehen und downloaden. Auch die jeweils aktuelle Ausgabe wird dort kostenlos angeboten.

WWW.MUENZENMAIERS-MAGAZIN.DE/PRINT

Wehrpflicht – Pro & Contra



Bereits vor über zehn Jahren ist sie ausgesetzt worden: die Wehrpflicht. Im Januar 2011 rückten die letzten Rekruten zum Wehrdienst ein. Die Frage einer Neuauflage der Wehrpflicht rückt mit Beginn des Krieges in der Ukraine wieder vermehrt in den Fokus der Debatten. Das Grundsatzprogramm der AfD ist eindeutig. Dort wird in Kapitel 4.4.2 klar Stellung bezogen, wenn es heißt: „Wehrpflicht wieder einsetzen“.

Dennoch unterliegen das Für und Wider einer Wehrpflicht zahlreichen Aspekten. Insbesondere angesichts der gegenwärtigen außen- und innenpolitischen Lage. Wir stellen einige Argumente für beide Ansichten vor.

Contra Wehrpflicht:

Gegner eines verpflichtenden Dienstjahres im Allgemeinen und einer Wehrpflicht im Besonderen betonen, dass diese ein erheblicher Eingriff in die persönliche Freiheit seien. Denn Wehrpflicht, das heißt auch Zwang und Strafe, wenn man sich dem Dienst verweigert. Für einen freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat sei das überholt. Niemand solle vom Staat gezwungen werden, ein ganzes Jahr seiner Jugend für den Staat zu opfern. Erst recht nicht an der Waffe, so Wehrpflicht-Gegner.

Immerhin fehle dieses Jahr nicht nur im Sinne der selbstbestimmten Lebensführung, sondern auch bei Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt. Ferner sei das auch nicht nötig.

Moderne Streitkräfte seien heute nicht mehr auf Wehrpflichtige und damit auf zahlreiche Mannschaftssoldaten angewiesen, die der Armee ohnehin nur wenige Monate zur Verfügung stehen.

Vielmehr bedürfe es spezialisierter Profis, Berufssoldaten eben. Wehrpflichtige könnten das Anforderungsprofil an moderne Soldaten gar nicht mehr erfüllen, so dass es gar keinen Sinn ergebe, junge Menschen zu diesem Dienst zu verpflichten.

Nicht zuletzt seien daher auch die immensen Kosten nicht gerechtfertigt. Immerhin müssten jedes Jahr Hunderttausende eingezogen, ausgerüstet, versorgt, vergütet und ausgebildet werden. Zusammen mit der Wehrobükratie ein teures Unterfangen. Ein weiteres Argument ist ein politisches Argument. Streitkräfte sind immer auch eine Art staatliche Erziehungsgemeinschaft. Zwangsläufig werden junge Rekruten dort also auch politisch beeinflusst. Und das immer im Sinne der Regierenden und ihrer Parteiansichten.

Gerade in unserer Zeit, in der alles hochideologisch beeinflusst ist und schon bei der Bundeswehr gern die Regenbogenflagge aufgezogen wird, würden junge Rekruten umso mehr durch linke politische Ideologie indoktriniert. Und das innerhalb einer Einrichtung, die wie keine zweite staatliche Instanz von Zwang und Pflicht zum Gehorsam geprägt ist. Auch daher sei eine Wehrpflicht abzulehnen.

Pro Wehrpflicht:

Befürworter der Wehrpflicht führen hingegen ins Feld, dass die Wehrpflicht insgesamt die Landesverteidigungsfähigkeit stärke. Denn immerhin würden – theoretisch – fast alle jungen Männer des Volkes an der Waffe ausgebildet und mit militärischen Grundfähigkeiten ausgestattet.

Zudem unterstützen Rekruten die Streitkräfte bei der Erledigung des Tagesdienstes. So würden viele Ressourcen geschont und die Stammsoldaten von nebensächlichen Aufgaben entlastet. Überdies seien die Streitkräfte immer auch eine „Schule der Nation“, insbesondere in Deutschland. Wer in der Armee gedient habe, so Befürworter, der erlerne nicht nur zeitlose Werte und Tugenden wie Disziplin, Kameradschaft und Pflichtbewusstsein u.v.m., sondern identifiziere sich ganz besonders mit seinem Vaterland. Wer in der Bundeswehr dient, der gelobt immerhin, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.

Eine Wehrpflicht stärke somit immer auch die Heimatliebe und den Patriotismus. Zudem stärke die Wehrpflicht, dass sich die Bevölkerung mit „ihren Soldaten“ und „ihrer Bundeswehr“ mehr identifiziert.

Durch den permanenten Austausch wären die Streitkräfte mehr im Volk verankert.

Dadurch werde auch das Bewusstsein für eine lebendige und wehrhafte Demokratie wiederbelebt, wenn viel mehr Menschen unmittelbar für das Gemeinwesen eintreten müssten. Überdies klagt die Bundeswehr stets über Nachwuchsmangel, der durch eine Wehrpflicht gelindert werden würde.

Durch die Wehrpflicht kommen viele junge Menschen überhaupt erst mit der Bundeswehr in Berührung und finden so womöglich Berufsperspektiven, die ihnen andernfalls nie in den Sinn gekommen wären. Gleiches gelte für den parallel existierenden Zivildienst. Somit wäre gleich auch der Pflege-, Gesundheits- oder Sozialsektor gestärkt. Wodurch ebenfalls die gesamte Gesellschaft profitieren würde.

Zuletzt spreche ein weiteres Argument für die Wehrpflicht, insbesondere innerhalb einer heimatorientierten politischen Kraft. Denn die Wehrpflicht sei demnach der zum Ausdruck gebrachte Verteidigungswille eines Volkes und seiner Gemeinschaft.

Wie könne man sich als heimattreuer Mensch weigern, an diesem Verteidigungswillen teilzuhaben?



Impressionen - Aktiv für Deutschland





MIGRATIONSKRISE 2023



Nach den Ereignissen von 2015 befinden wir uns aktuell in einer neuen Zuwanderungskrise. Bereits im Jahr 2022 wanderten laut aktuellen Berechnungen rund 1,2 Millionen Menschen nach Deutschland ein. Damit wurde der Wert von 2015 sogar getoppt, als es allein über das Asyl-Ticket 890.000 Menschen waren. Mehr als eine Million der Menschen kamen dabei aus der Ukraine.

Aufnahmen kaum noch möglich

Die Aufnahmekapazitäten der Länder und Kommunen sind bereits jetzt am Limit. Dies haben inzwischen sogar Funktionäre der Altparteien erkannt. So hat laut SWR etwa der Landrat des Kreises Germersheim, Fritz Brechtel (CDU), einen Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer geschickt. Er äußert darin, dass es bereits jetzt kaum noch möglich sei, zusätzlichen Wohnraum für Asylbewerber zu schaffen.

Stattdessen müsse man bereits jetzt provisorische Unterkünfte, etwa in Turnhallen, zur Verfügung stellen. Neben den Platzproblemen ergeben sich durch die massenhafte Aufnahme von Migranten insbesondere für die bereits jetzt arg gebeutelten Kommunen finanzielle Schwierigkeiten. Eher belustigend ist die immer gleiche Forderung auch kommunaler Vertreter, man müsse auf europäischer Ebene solidarisch sein und andere Verteilschlüssel festlegen. Man möchte also Länder wie Polen oder Ungarn dazu zwingen, endlich mehr Migration zuzulassen, damit auch sie durch Merkel-Poller und Silvester-ausschreitungen bereichert werden.

Falsche Anreize bei Asyl

Insbesondere die Altparteien übersehen jedoch, dass das derzeitige deutsche Asylsystem vor allem strukturelle Probleme hat. Finanzielle Fehlanreize und unterlassene Abschiebungen führen zu illegaler Migration, Schleuserkriminalität und zahlreichen Todesopfern im Mittelmeer.

Viele der Migranten begeben sich in der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Weg nach Europa. Die Hilfe für Menschen in Not muss jedoch von der Aufnahme in Deutschland entkoppelt werden. Wenn in der Heimat also kein Krieg mehr herrscht und diese wieder aufgebaut wird, müssen auch solche Ausländer in ihre Heimatländer zurückkehren, die zeitweise berechtigt Asyl gefunden haben. Um den Aufbau ihrer Heimat besser unterstützen zu können, sollen Rückkehrpflichtige eine handwerklich-praktische Grundausbildung erhalten können, die sie zum Wiederaufbau ihrer Heimat und zur dortigen Existenzgründung befähigt.

Der Wiederaufbau der Heimat soll durch Deutschland durchaus positiv begleitet werden. Hilfen müssen vor allem in den Krisenregionen selbst geleistet werden, wo dies weit effektiver ist und viel mehr wirklich Hilfsbedürftige erreicht.

Wer falsche Anreize im Asylbereich unterbinden will, muss vor allem unser Asylparadies abschaffen. Wichtig wäre dabei etwa, dass die Beantragung von Asyl und Eröffnung des Antragsverfahrens nur bei nachgewiesener Identität und Staatsangehörigkeit erfolgen kann, es strenge Bestrafungen bei Falschangaben im Asylverfahren gibt oder eine Reise von Asylberechtigten in ihr Herkunftsland – in dem sie angeblich ja nicht sicher vor Verfolgung sind – in der Rücknahme von Aufenthaltstiteln resultiert.

Insbesondere der letzte Fall, dass „Flüchtlinge“ Urlaub in jenen Ländern machen, in denen sie angeblich nicht sicher leben können, zeigt, wie absurd unser Asylsystem ist.

Abschiebeoffensive

Während einerseits also dafür gesorgt werden muss, dass weniger Personen überhaupt ankommen, braucht es ebenso eine Abschiebeoffensive! Duldungen müssen die Ausnahme werden. Stattdessen ist eine Umkehr nötig, die auf einen Vollzug der Ausreisepflicht abstellt.

Wenn linke Aktivisten oder auch die Amtskirchen aktiv Maßnahmen zur Verhinderung von rechtstaatlichen Rückführungsmaßnahmen ergreifen, sollte geprüft werden, hier entsprechende Straftatbestände neu zu fassen. Offenbar ist jedoch der Regierung nichts daran gelegen, geltendes Recht und Gesetz konsequent anzuwenden.

Probleme nicht nur bei Asyl

Die starken Einwanderungszahlen lassen dabei häufig vergessen, dass mit jenen, die dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland haben, bereits große Probleme bestehen. Fast jeder zweite Hartz-IV-Bezieher kommt ursprünglich nicht aus Deutschland. Die Sozialleistungen werden üppiger, die Einwanderung von der Ampelregierung immer leichter gemacht. Der deutsche Pass soll nach den Vorstellungen der Innenministerin Faeser zur Ramschware werden. Die logische Folge dieser Politik ist eine massive Zunahme der Migration auf Kosten des sozialen Friedens. Durch Migration wird das Problem verschärft, dass zu wenige Einzahler immer mehr Menschen im Sozialsystem versorgen müssen.

Wir als AfD werden uns mit vielfältigen Maßnahmenvorschlägen für eine Reduzierung und Kontrollierung der Zuwanderung einsetzen. Zum Wohle unseres Landes!

DEUTSCHLAND DROHT DIE OBDACHLOSIGKEIT



Die Wohnungsnot in Deutschland wird immer dramatischer. Experten und Verbände der Immobilienbranche warnen vor einem völligen Kollaps des Marktes. Die Bundes- und Landesregierungen sorgen mit ihrer Bau-, Klima- und Migrationspolitik dafür, dass sich die Lage immer weiter verschlimmert. Mittlerweile werden Deutsche ausquartiert, um Flüchtlingen Platz zu machen. Unserem Land droht die Obdachlosigkeit.

Es wirkt wie ein Hilfeschrei, den der Bau- und Immobiliendachverband „Zentraler Immobilien Ausschuss“ (ZIA) im Rahmen des sogenannten Frühjahrsgutachtens der Immobilienbranche aussendet. „1,4 Millionen Menschen werden im Jahr 2024 eine Wohnung suchen und keine mehr finden“, berichtet ZIA-Präsident Dr. Andreas Mattner beinahe verzweifelt. Dabei identifiziert der Bauexperte allen voran zwei Faktoren, die die Lage am Wohnungsmarkt immer weiter verschlechtern: Anhaltende Zuwanderung und nachlassende Bautätigkeit.

Einem nicht wachsenden Angebot steht eine rasant wachsende Nachfrage entgegen. Diese konträre Entwicklung könnte bald dramatische Folgen nach sich ziehen. Um es deutlich zu sagen:

Deutschland droht die Obdachlosigkeit!

Ampel-Bauministerium scheitert dramatisch

Dabei war gerade der Wohnungsneubau ein zentrales Wahlversprechen der SPD im Bundestagswahlkampf 2021. Auf den knallroten Wahlplakaten prangte den Bürgern die Zahl von 400.000 neugebauten Wohnungen pro Jahr entgegen.

Etwas mehr als ein Jahr nach dem Regierungsantritt der Ampel sind das Einzige, was von diesem Versprechen übrig geblieben ist, die verstaubten Wahlplakate in den Kellern der SPD-Ortsverbände.

Im Jahr 2022 wurden nicht einmal 300.000 Wohnungen fertiggestellt, für 2023 sagt der Gesamtverband der deutschen Wohnungswirtschaft nicht einmal 200.000 neue Wohnungen voraus.

Doch anstatt dieser Fehlentwicklung entgegenzuwirken, verkompliziert die Bundesregierung mit immer neuen Regeln zum vermeintlichen Klimaschutz den Bau neuen Wohnraums. Auch in Zeiten des absoluten Wohnungsnotstands verharret die Bundesbauministerin hier in ideologischer Einseitigkeit. „Wenn wir jetzt wieder auf ältere Standards zurückfallen, tun wir uns keinen Gefallen“, erklärte SPD-Ministerin Klara Geywitz.

Doch nicht nur der Klimawahn der Ampel bremst Neubauprojekte regelmäßig aus. Deutschland ist noch immer Weltmeister der Bürokratie. Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern meist viel zu lange. Hinzu kommen linke Enteignungsfantasien in Großstädten und verfassungswidrige Projekte wie der gescheiterte Mietendeckel. Nicht nur Bauunternehmer, sondern auch die Bürger werden verschreckt. Der Stopp vieler Neubauprojekte durch Immobilienkonzerne wegen anhaltend hoher Inflation und gestiegener Zinsen macht die Misere perfekt.

Ausländer drängen auf knappen Wohnungsmarkt

Der mittlerweile völlig eingebrochenen Angebotsseite steht ein durch die Medien bislang gut verdrängtes Problem auf der Nachfrageseite gegenüber.

Im Jahr 2022 zählte Deutschland 1,25 Millionen Zuwanderer in die Bundesrepublik, die alle ein Dach über dem Kopf brauchen. Nach Angaben des Pestel-Instituts fehlen schon heute 700.000 Wohnungen, das bedeutet das größte Wohnungsdefizit seit mehr als zwanzig Jahren. Und für das Jahr 2023 ist keine Besserung in Sicht.

Die Datenanalyse des Immobiliendienstleisters Empirica Regio zeigt, dass allein der Zuzug von Ukraine-Flüchtlingen dafür sorgt, dass bis Ende des Jahres 2023 mit 600.000 zusätzlichen Haushalten auf dem Wohnungsmarkt zu rechnen ist.

Darüber hinaus steigt die Migration aus Afrika und aus dem arabischen Raum weiter dramatisch an. Im Januar verdoppelten sich die Asylanträge im Vergleich zum Vorjahresmonat auf über 29.000 Antragsteller. Auch hier ist keine Entspannung in Sicht.

Faesers Zuwanderungspolitik wird zum Problem



Besserung in Aussicht? Ganz im Gegenteil! Mittlerweile rufen schon grüne Landräte um Hilfe. Der Ansturm in den Gemeinden und Kommunen ist einfach nicht mehr zu bewältigen. Auf Hilfe aus Berlin können die Politiker vor Ort jedoch lange warten: Das als „Flüchtlingsgipfel“ deklarierte Gespräch zwischen Landräten, Bürgermeistern und Bundesinnenministerin Nancy Faeser im Februar verkam zum völligen Rohrkrepieler.

Zudem sprach sich die Teilzeitministerin und SPD-Spitzenkandidatin zur Landtagswahl in Hessen jüngst gegen die Pläne der europäischen Partner aus, die Außengrenzen Europas besser zu schützen.

Lörrach: Deutsche raus, Migranten rein

Es werden also jeden Tag weiterhin Hunderte Menschen über die deutsche Grenze kommen, während die Politik in der Wohnungspolitik nicht die notwendige Priorisierung liefert. Innenministerin Faeser verkündete jüngst in völliger Realitätsferne, dass es keine Verschärfung auf dem deutschen Wohnungsmarkt durch den Zuzug von Migranten gebe. Immerhin seien 70 Prozent der Ukraine-Flüchtlinge noch privat untergebracht, so die 52-Jährige.

Wie die Realität aussieht, konnten die Bürger zur gleichen Zeit aus den Tageszeitungen entnehmen: Im baden-württembergischen Lörrach kündigte eine Wohnungsbaugesellschaft ihren vierzig Mietern, weil sie die Wohnungen für Flüchtlinge brauche. Der Ärger unter den Bewohnern ist verständlicherweise groß. Viele haben Angst, keine neue bezahlbare Wohnung zu finden.

Deutschland wird vom Land der Eigentümer zum Land der Wohnungslosen

Zurecht fragen die Bürger: Wo bleibt der dringend benötigte Wohnraum für die deutschen Bürger mit ihren Familien, die fleißig arbeiten gehen und von Steuerzahlungen und Vorschriften beim Wohnungsbau und Hausbau belastet werden? Und wo sollen die immer neuen Migranten in der Europäischen Union, die zu großen Teilen nach Deutschland strömen, alle unterkommen? Von der Bundesregierung ist in dieser Hinsicht nichts zu erwarten. Von der Ampel kommen bis dato nur heiße Luft und leere Ankündigungen.

Vom Land der Eigentümer ist Deutschland derzeit meilenweit entfernt. Vielmehr droht eine Zukunft in akuter Wohnungsnot.



JETZT NEWSLETTER ABONNIEREN

**Melden Sie sich jetzt für den
Newsletter von Sebastian
Münzenmaier an und erhalten Sie
spannende Infos und regelmäßige
Berichte aus erster Hand direkt in Ihr
Postfach.**

muenzenmaiers-magazin.de/newsletter





KNALLHARTER KLARTEXT IM BUNDESTAG:

**IHRE POLITIK IST
EINE SAUEREI!**

**Sebastian Münzenmaier
räumt mit dem Migrationswahn
der Altparteien auf!**

"Ihre Politik ist eine Sauerei!"

**Die Migrationsfanatiker
rasten dabei völlig aus.**



**SEBASTIAN
MÜNZENMAIER**

www.sebastian-muenzenmaier.de



FDP AM ABGRUND

Die FDP taumelt von Wahlniederlage zu Wahlniederlage. Der Linkskurs, den die Liberalen seit einigen Jahren einschlagen, rächt sich zusehends an der Wahlurne.

Die FDP fliegt aus Landesregierungen, landen immer häufiger in der außerparlamentarischen Opposition und stehen vor dem Ausscheiden aus mehreren Länderparlamenten – und bald auch im Bund?

Viele Leser werden aus ihrer Jugend oder von Spieleabenden das Geschicklichkeitsspiel Jenga kennen. Hierbei müssen die Spieler jeweils abwechselnd aus einem Holzturm ein kleines Klötzchen ziehen, von der obersten Ebene darf kein Stein entfernt werden. Bei welchem Spieler der immer instabiler werdende Turm nicht mehr stehen kann und zusammenfällt, der hat verloren.

Dem FDP-Turm fehlen die Holzklötzchen

Kurz vor dem symbolischen Zusammenfall scheint auch der Turm der Freien Demokraten zu stehen. Wahl um Wahl wird Stein um Stein, die hier sinnbildlich für die Mitgliedschaft in Länderparlamenten stehen, aus dem ohnehin kleinen Turm der Liberalen gerissen. Bei der Saarlandwahl gelang Anfang des Jahres 2022 nicht mal mehr der Sprung ins Parlament. In Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen musste die FDP aufgrund herber Verluste den Gang aus der Regierung in die Opposition antreten.

In Niedersachsen und Berlin kam es dann noch schlimmer: Mit 4,7 und 4,6 Prozent flog die FDP hochkant aus dem Parlament.

In der Hauptstadt könnten alle Wähler der Liberalen zusammen nicht einmal mehr das Olympiastadion füllen.

Die Parteilinken haben sich längst durchgesetzt

Nach den verkorksten Wahlabenden ist bei den Liberalen mittlerweile ein festes Ritual zu beobachten: Während Parteilinke die Ursache der Niederlage in zu wenig Klimaschutz, zu wenig fortschrittlichem Großstadtschwätz und zu viel Blockadehaltung in der Ampelkoalition in Berlin zu finden versuchen, preschen die mittlerweile machtlosen FDP-Fundis wie Wolfgang Kubicki vor die Fernsehkameras und fordern mehr Kante gegen grüne Ideologen wie Robert Habeck.

Mag diese, medial groß aufgefahrene und oftmals vulgär vorgetragene, Rebellion noch die ein oder andere Sympathie hervorrufen, überholt die Realität das Gepolter eines Kubicki recht schnell. Denn an den entscheidenden Schlüsselpositionen sitzen längst karrierebewusste Parteilinke, die sich pragmatisch oder ideologisch längst dem grünen Zeitgeist unterworfen haben.

Turbo-Einbürgerung und Transen-Träume

Applaus von linksgrünen Großstadt-Hipstern, die nie im Leben FDP gewählt haben und auch niemals wählen werden. Das bringt der FDP vielleicht ein paar tausend Twitter-Likes und Nachrichtenanfragen linksaffiner Rundfunkanstalten. Altliberale und konservative Wähler wenden sich von einer Politik dieser Art jedoch mehr und mehr ab. Themen wie gendergerechte Toiletten, Geschlechtsumwandlungen ab 14 und Turbo-Einbürgerungen verschrecken liberale Stammwähler.

Die FDP von heute brüstet sich aber mit genau diesen Themen.

Strack-Zimmermann statt Westerwelle

Garniert wird diese linke Randgruppenpolitik mit unsympathischen Gesichtern, die mit ihrem oberlehrerhaftem Gehabe den Grünen in nichts mehr nachstehen. Bundesjustizminister Marco Buschmann versprach mehrmals medienwirksam das Ende aller Corona-Maßnahmen. Taten: Fehlanzeige. Bundestagsabgeordnete der ersten Reihe, wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Konstantin Kuhle und der parlamentarische Geschäftsführer Johannes Vogel, werden nicht müde, immer mehr Migration zu fordern. Die Popularität einer Marie-Agnes Strack-Zimmermann, für die es gar nicht genug Waffenlieferungen in die Ukraine geben kann und die sich gerne über „alte, weiße Männer“ echauffiert, ist sicherlich auch nicht förderlich für die Erholung der Partei.

Bundestagswahl 2025: Akute Einsturzgefahr!

Zurück zur Ausgangsmetapher, dem Geschicklichkeitsspiel Jenga. Folgen weitere Wahlniederlagen der Liberalen, wird auch deren Spielturm immer dünner werden. Übrig bleibt die oberste Ebene, die symbolisch für die Regierungsbeteiligung in Berlin stehen könnte. Doch was bringen noch zweieinhalb Jahre Zeit in der Bundesregierung, wenn der gesamte Unterbau kaum noch zusammengehalten werden kann? Die einzige Möglichkeit, den wankenden Turm zu stabilisieren, scheint eine Rückbesinnung auf alte Werte zu sein. Der Freiheitsdrang eines Guido Westerwelle, die Friedenspolitik eines Walter Scheel oder die Redekunst eines Theodor Heuss könnten der FDP aus der Krise helfen. Die Realität lässt aber wenig Anlass zur Hoffnung. Auch bei Jenga darf man schließlich keine Klötze in den Turm zurückstecken, die zuvor aus dem wankenden Turm herausgezogen wurden.

„REDEN WIR ÜBER POSTDEMOKRATIE“



Die Demokratie ist tot, lang lebe die Postdemokratie!

In „Reden wir über Postdemokratie“ von Prof. Dr. Günter Scholdt, Ende des letzten Jahres im Freilich Verlag erschienen, analysiert der Germanist und Historiker auf über 90 Seiten gekonnt die aktuelle Lage der Demokratie in Deutschland.

Scholdt greift mit seinem Titel einen von Colin Crouch im Jahre 2003 geprägten Begriff auf. Postdemokratie ist, wie der Name schon sagt, „nach der Demokratie“. Scholdt erkennt in unserem Breitengrad eine „Fassadendemokratie“ oder wie es der Autor selbst ausdrückt: „vom seriösen Anspruch her ist sie [die Demokratie] nur noch ein Zombie“. Der Staat behält also alle demokratischen Verfahren und Institutionen bei, füllt diese aber nicht mehr mit Inhalt.

So kritisiert Scholdt, dass Wahlkampfveranstaltungen zu PR-Spektakeln verkommen und Regierungswechsel immer bedeutungsloser werden, da politische Gegensätze nicht mehr ausdiskutiert werden.

Nahezu alle Parteien koalieren in Deutschland beliebig miteinander, es gibt nur kleine und feine Unterschiede, ansonsten sind sich die meisten Parteien einig. Dabei gehen früher einmal sicher geglaubte Garantien des Rechtsstaates verloren – nein – werden freiwillig geopfert, für das größere Wohl, den Gesinnungsstaat. Allem voran geopfert: die Meinungsfreiheit.

Demokratie zeichnet sich idealtypisch eigentlich dadurch aus, dass Herrschaft begrenzt und ein Wettbewerb um diese temporäre Herrschaft ermöglicht wird. Durch unparteiische Gerichte und freie Medien würde man dies sicherstellen können.

In der Postdemokratie sind die Gerichte aber parteiisch und die Medien abhängig – an dieser Stelle sei auf die erschreckenden Daten der Netzzensur von YouTube und Facebook auf Seite 71 verwiesen. Scholdt führt aus, wie Meinungen von der Opposition und anderer Kritiker weitestgehend kriminalisiert werden und wo das (noch) nicht möglich ist, durch zivilgesellschaftliche Repression klein gehalten werden.

Unter einer solchen Stimmung ist es dann auch nicht schwer, Kritikern ihre (eigentlich zustehenden) Rechte vorerst zu verwehren, bis er diese eingefordert oder eingeklagt hat. Dies ist der Demokratie per se eigentlich unwürdig, aber weitergehend wird durch dieses Klima eben jede Kritik an den Herrschenden praktisch unmöglich gemacht. Was nicht verboten werden kann, das wird verpönt. Das Schlagwort, das in diesem Zusammenhang immer funktioniert, lautet: „rechts!“. Umgangssprachlich redet man auch von der „Nazikeule“. Scholdt kritisiert daran besonders, dass man gegen diese Vorwürfe nicht nur rechtlich kaum erfolgreich vorgehen kann – denn selbst wenn eine Aussage oder ein Artikel im Nahnahinein berichtigt werden muss, so hat der Schaden doch schon längst seine Auswirkung entfaltet – sondern dass auf dieser Grundlage Gesetze verschärft und Gesetze gemacht werden. Gesetze, die sich nur gegen spezifische (oppositionelle) Meinungen wenden.

Auch mit Fehlern werde in der Postdemokratie anders umgegangen. Statt die Ursache zu analysieren und es zukünftig anders, im besten Fall besser zu machen, wird die unangenehme Folge versucht zu umgehen. Beispielsweise bei fehlender Wahlbeteiligung: Hier wird nicht etwa das Wahlprogramm ansprechender oder realitätsnäher gestaltet, stattdessen werden neue Gruppen zur Wahl legitimiert, also das Wahlalter gesenkt oder einfach möglichst viele (der Regierung dankbare) Ausländer eingebürgert und wahlberechtigt gemacht.

Die letzte Konsequenz, die man von demokratischen Politikern noch kannte, bei einem groben Fehlverhalten seinen Rücktritt zu erklären, gibt es in der Postdemokratie nicht.

Vielleicht, so die Quintessenz, ist die Postdemokratie nicht einfach ein Zustand „nach der Demokratie“, sondern sie folge zwingend auf die Demokratie. Ist also die logische Konsequenz aus dieser selbst. Wenn machttunke Politiker versuchen, die für die Regierenden lästigen Tücken der Demokratie zu beseitigen, um leichter regieren zu können. Womöglich, so die weitere Frage des Buches, ist der „Populismus“ die Antwort auf diese Entwicklung. Nicht umsonst nannte Philippe de Villiers diesen auch den „Schrei der Völker, die nicht sterben wollen“.

In jedem Fall ist aber klar: Als freie Bürger müssen wir auch frei über dieses Thema diskutieren können. Warum wir dies auch tun sollten, beantwortet das Werk „Reden wir über Postdemokratie“ von Prof. Dr. Scholdt.



Reden wir über Postdemokratie
Von Prof. Dr. Günter Scholdt

96 Seiten
Reihe Politikon (Nr. 5)
ISBN: 978-3-9505285-0-3

Freilich Verlag
<https://www.freilich-magazin.com/shop>

„HARRY & MEGHAN“



Vom royalen Hochglanzpaar zu gut bezahlten Berufsoffern

Die viel beachtete Netflix-Doku „Harry und Meghan“ lockt auch mehrere Monate nach Sendestart Millionen Zuschauer vor die Bildschirme. In insgesamt sechs Folgen stellen sich die Schauspielerin Meghan Markle und Prinz Harry als Opfer einer bösen Kampagne des Königshauses und der britischen Medien dar. Der Dauerbrenner der ersten Staffel: Angeblicher Rassismus.

Die Serie bei Netflix ist ein Musterbeispiel dafür, wie mit der eigenen Schein-Opferrolle im 21. Jahrhundert Millionen verdient werden können.

Es sollte das neue Traumpaar der royalen Glamourwelt werden:

Die aus der beliebten Serie „Suits“ bekannte amerikanische Schauspielerin Meghan Markle und Prinz Harry, der während seines Erwachsenwerdens eher mit Saufgelagen, Skandalen und Partys auffiel, als mit königlicher Etikette.

Als die Liebe der beiden publik wurde, schwelgten die Briten in Erinnerungen an die junge Prinzessin Diana und schienen sich nichts mehr zu wünschen, als dass der mittlerweile erwachsene Nachwuchs-Prinz in die großen Fußstapfen seiner verstorbenen Mutter treten möge. Doch der Traum des royalen Vorzeigepaares ist längst ausgeträumt. In einer medialen Schlammschlacht entfernte sich das Paar von der Königsfamilie und vollzog 2022 die endgültige Trennung. Es kam zu wilden Spekulationen, irren Gerüchten und gegenseitigen Vorwürfen. Doch der zwischenzeitliche Höhepunkt der Fehde sollte erst noch folgen.

Der Netflix-Deal

Die Schlagzeilen überschlugen sich, als bekannt wurde, dass der Prinz und seine Schauspielerin einen Deal mit dem Streaming-Giganten Netflix eingegangen waren. Meghan und Harry fühlen sich missverstanden und falsch dargestellt, hieß es in der Pressebeurteilung dazu. Das Paar wolle in einer extra produzierten Dokureihe seine eigene Sicht der Dinge darlegen. Und tatsächlich gewähren der Herzog und die Herzogin von Sussex in der Dokureihe Einblicke in ihre intimste Privatsphäre. In den sechs Folgen der Doku sind Videos aus der Kennenlernphase, während des Zusammenkommens und nach dem Bruch mit dem Königshaus zu sehen. Dazu kommen zahlreiche Interviews, die das Paar und enge Bekannte den Produzenten der Serie gegeben haben. Hier besteht jedoch schon der erste große Widerspruch.

Privatsphäre gegen 100 Millionen Dollar

Während der sechs Folgen betonen der 38-Jährige und seine Ehefrau mehrfach, dass sie sich ein einfaches, normales Leben abseits des Trubels um die Royals gewünscht und daher den Rückzug aus der Öffentlichkeit gewählt hätten.

Doch wer produziert nur wenige Monate, nachdem er diesen Schritt ins Private gegangen ist, eine eigene Serie, bei der das Ehepaar seinen Herz- und Seelenschmerz vor einem Millionenpublikum ausbreitet?

Die Produzenten der Kultserie „South-Park“ haben diesen Widerspruch in ihre Serie aufgenommen und eine Folge produziert, in der eine kanadische Version des Herzogpaares von Sussex auf Welt-Tournee für mehr Privatsphäre geht.

Vielmehr Authentizitätsverlust geht wohl nicht. Auf einen royalen Lebensstil will das Glamour-Paar dennoch nicht verzichten, auch wenn König Charles die jährliche Zuwendung in Höhe von 5 Millionen Pfund gestrichen hat.

Insgesamt soll das Paar 100 Millionen Dollar für die Dokumentation vom amerikanischen Streaming-Riesen erhalten haben.

Überall „Rassismus“

Überaus penetrant bemüht die royale Netflix-Doku wirre Rassismusvorwürfe in nahezu jede erdenkliche Richtung. Bei einem zur Serie gehörigen Trinkspiel würden die Zuschauer, wenn sie bei jeder Winselei über angeblichen Rassismus einen Schnaps trinken müssten, wohl schon nach mehreren Minuten betrunken ins Bett fallen.

Mal sind es die bösen Medien, mal rassistische Kommentare in den sozialen Netzwerken, mal ist das Königshaus selbst rassistisch. Wer die Serie ohne jegliche Vorkenntnis der britischen Gesellschaft schaut, könnte meinen, ein rassistisches Regime habe die Vorherrschaft auf der Insel übernommen.

Auch die ziemlich woken Interview-Gäste in der Serie, vornehmlich aus der gut betuchten linken Schauspiel- und Medienbranche, überschlagen sich mit Rassismusvorwürfen an die böse britische Gesellschaft.

Kein Respekt vor Traditionen

Zudem kommt eine nicht übersehbare Abscheu der Protagonisten und Filmemacher gegenüber jeglicher Tradition und Etikette daher. Traditionen, die entweder lächerlich gemacht oder als Rückwärtsgewandtheit abgestempelt werden. An einer Stelle berichtet Markle vom typischen Hofknicks, der traditionell vor einem Treffen mit der Königin oder dem König ausgeführt werden muss. Während die 41-Jährige vor den Fernsehkameras aufführt, wie sie sich vor der mittlerweile verstorbenen Queen verbeugt, kann sie ihr Lachen kaum zurückhalten und blickt vielsagend zu ihrem Ehemann, der peinlich berührt wirkt und während der Schauspieleinlage keine Miene verzieht. Ob Harry schon damals dämmerte, dass die Vorwürfe gegen das Königshaus und die Delegitimierung jahrhundertalter Traditionen nach hinten losgehen könnte? Mittlerweile ist klar, dass sich das Paar weit ins Abseits gestellt hat. Aktuelle Befragungen zeigen, dass nicht nur die Briten die Schnauze von der Opferrolle der Ex-Royals gestrichen voll haben. Auch in ihrer Wahlheimat USA sinken die Zustimmungswerte für das Herzogspaar dramatisch.

Hauptberuflich Opfer einer angeblich rassistischen Gesellschaft

Kurz zusammengefasst inszenieren sich die Eheleute in der sechsteilig produzierten Serie als Opfer einer bösen, weißen Mehrheitsgesellschaft, die sie bis in ihre tiefste Privatsphäre bedrängt und gleichzeitig ohne Unterlass mit Rassismus überzieht. Durchaus geschickt spielen Prinz Harry und seine Herzogin von Sussex die Karten aus, die die links-woke Gemeinschaft ganz besonders in Aufruhr versetzen. Eine gute Portion Rassismus, ein wenig Sexismus, eine Handvoll Rückwärtsgewandtheit und schon ist eine Menge Geld verdient. Was beispielsweise eine Ferda Ataman als Anti-Diskriminierungsbeauftragte und andere linke Politiker tagtäglich beschwören, um Millionen Euro in linke Vereine und NGOs pumpen zu können, vollziehen Harry und Meghan auf der Mikroebene. Man kann sagen, die Eheleute haben das „Opfer-Spiel“ perfektioniert. Und das bringt ihnen trotz einstürzender Beliebtheitswerte immerhin 100 Millionen Dollar Schmerzensgeld, die jeder Netflix-Kunde mitzahlen dürfte.

Garantiert interessanter als Netflix-Serien:



Sebastian Münzenmaier
ALLE REDEN & VIDEOS
BEI YOUTUBE:

youtube.com/SebastianMünzenmaierMdB





Ein Traum aus Blut und Dreck

Christian de la Mazière

ISBN 978-3-948145-21-7

470 Seiten, Klappenbroschur,
Fadenbindung,
Softtouch-Beschichtung

22€

Das Leben von Christian de la Mazière ist eine atemberaubende Geschichte. Zusammen mit Freiwilligen aus ganz Europa absolviert der junge Franzose im Schnelldurchlauf die Ausbildungslager der Waffen-SS, kämpft sodann an der Ostfront, in Pommern, wird mit seiner Einheit vollends aufgegeben und landet nach einem abenteuerlichen und überaus stumpfsinnigen Katz-und-Maus-Spiel mit dem Feind in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

Ein Traum aus Blut und Dreck ist der Bericht eines Mannes, der alles wagte und vieles verlor. Christian de la Mazière stellte diesem Buch ein Zitat Pierre Drieu la Rochelles voran: Man sei einer bestimmten Haltung verpflichtet. Nach der Lektüre dieses Buchs wird klar, worin diese für ihn bestand.

Direkt weiterlesen:



In Erinnerung an Corinna Miazga

„Glaubt mir, ich mag vielleicht klein sein, aber ich bin dafür zäh.“

Dieser Satz von Corinna hat sich tief in mir eingebrannt. Wer das Glück hatte, mit ihr arbeiten zu dürfen, der wusste, wie ernst gemeint dieser Satz war.

Ich erlebte Corinna als fröhliche, humorvolle und begeisternde Frau mit einem starken Gerechtigkeitsgefühl, die sich nie verbiegen ließ und immer für ihre Ziele und Überzeugungen kämpfte – auch gegen größte Widerstände. Sie war ein fleißiges Energiebündel und setzte, insbesondere im Social-Media-Bereich, Maßstäbe für unsere Partei.

Trotz ihrer Erkrankung nahm Corinna noch digital an unseren Vorstandssitzungen teil und kämpfte Tag für Tag für unsere Sache. Dafür gebührt ihr mein größter Respekt.

Die Nachricht von ihrem Tod traf mich unerwartet und mit voller Härte. Zwischenzeitlich vom Krebs genesen, hatte ich gehofft, sie bald wieder in Berlin an unserer Seite wissen zu dürfen. Es schmerzt, dass dies nicht mehr passieren wird.

Liebe Corinna, wir haben mit dir eine unersetzliche Mitstreiterin und Wegbegleiterin verloren. Du fehlst uns.

In stiller Trauer

Sebastian

A black and white portrait of Corinna Miazga, a woman with long, light-colored hair, looking upwards and to the right with a contemplative expression. She is wearing a white sleeveless top and a delicate necklace. Her hands are clasped in her lap, and she is wearing a watch on her left wrist and a ring on her right hand.

**Corinna
Miazga**

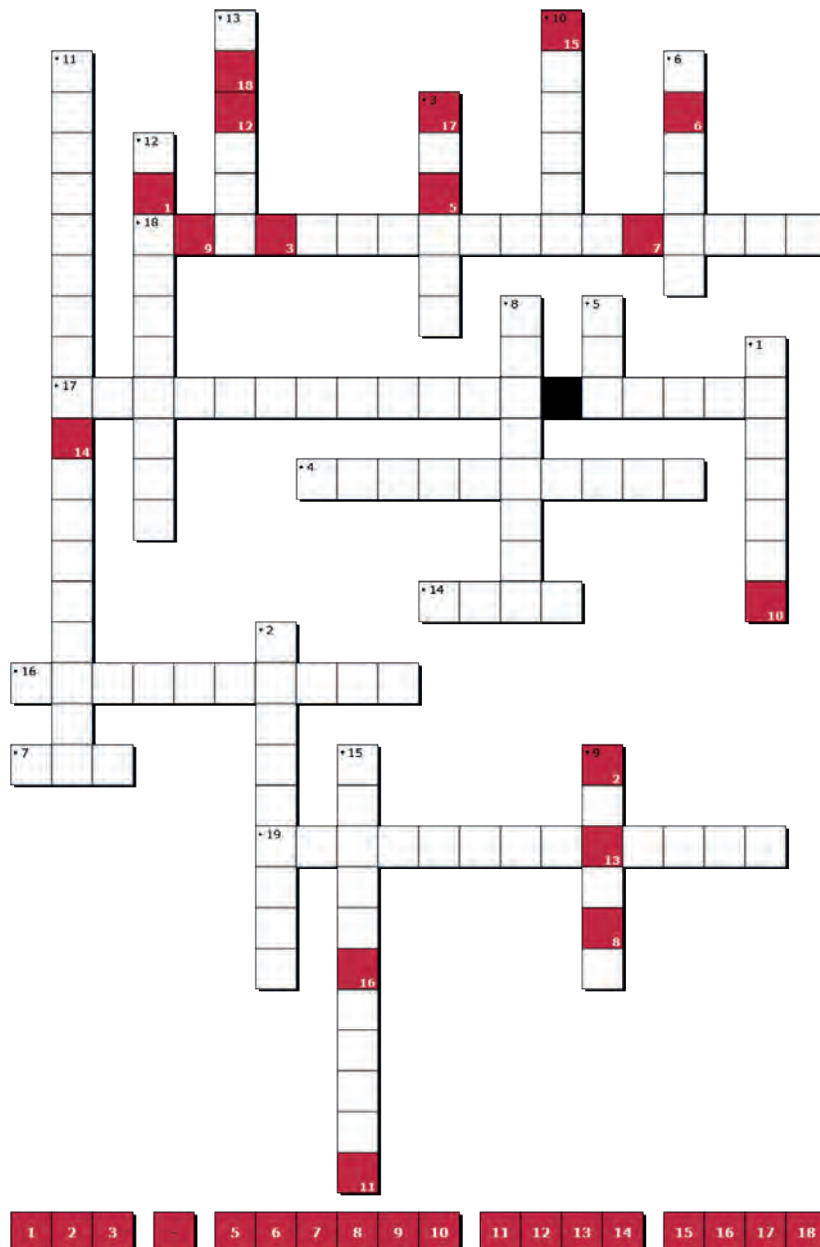
*** 17.05.1983**

† 25.02.2023

**RUHE IN
FRIEDEN**

Kreuzworträtsel

1. In dieser deutschen Stadt ermöglichte die AfD ein Gender-Verbot.
2. Dieser Minister möchte Öl- und Gasheizungen verbieten lassen.
3. Welcher Minister trommelte für eine angeblich nebenwirkungsfreie Impfung und ruderte jüngst peinlich zurück?
4. Diese Fraktion im Bundestag fordert eine „Bundesagentur für Einwanderung“.
5. Im Herbst werden zwei Landtage neu gewählt. Das sind Bayern und...?
6. Diese Partei flog in Niedersachsen und Berlin aus dem Landesparlament.
7. In dieser baden-württembergischen Stadt sollen Bewohner für Migranten weichen.
8. Dieser rheinland-pfälzische Weltkonzern kündigte an, seine Produktion in Deutschland massiv zurückzufahren.
9. Diese Ministerin lehnte öffentlich eine Obergrenze für Flüchtlinge und Migranten ab.
10. Diese Ex-Schauspielerin wurde Herzogin von Sussex und verließ schließlich mit Prinz Harry das Königshaus.
11. Das Ziel der Ampel war der Bau wie vieler neuer Wohnungen im Jahr?
12. 2024 finden im Osten folgende Landtagswahlen statt: Brandenburg, Thüringen und ...
13. Die Erweiterung dieses Protzbaus wird den Steuerzahler knapp 800 Millionen Euro kosten.
14. Diese Regierungspartei überholte die AfD in den jüngsten Meinungsumfragen.
15. So alt wurde die Alternative für Deutschland in diesem Jahr.
16. In dieser deutschen Stadt hängen nun arabische Straßenschilder.
17. Diese Klimaextremisten halten Deutschland derzeit in Atem: Letzte...?
18. Diese Institution verhängt nun einen Sanierungszwang.
19. Dieses österreichische Bundesland will Corona-Strafen an die Bürger zurückzahlen.
20. Für diese Produktart wollen die Grünen Werbung in Zukunft verbieten?



1. STRALSUND | 2. HABECK | 3. LAUTERBACH | 4. CDU | 5. HESSEN | 6. BASF | 7. LOERRACH | 8. BASF | 9. FAESER | 10. MARKLE | 11. VIERHUNDERTTAUSEND | 12. SACHSEN | 13. KANZLERAMT | 14. GRUENE | 15. ZEHN | 16. DUESSELDORF | 17. GENERATION | 18. EUROPÄISCHE UNION | 19. NIEDERÖSTERREICH | 20. SUESSIGKEITEN

Kontakt & Info



Meine Arbeit vor Ort

Neben meiner Tätigkeit als Abgeordneter in Berlin versuche ich natürlich auch so oft wie möglich in meinem Wahlkreis Mainz und in ganz Rheinland-Pfalz unterwegs zu sein, um mein Ohr stets beim Bürger vor Ort zu haben.

Sie erreichen mein Wahlkreisbüro in Mainz unter folgender Adresse:

Abgeordnetenbüro Sebastian Münzenmaier
Athener Allee 6
55129 Mainz

Bitte vereinbaren Sie für Bürgersprechstunden und Gesprächstermine einen Termin mit Herrn Stephan Stritter unter **sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de**.

Ich freue mich, Sie demnächst persönlich begrüßen zu dürfen!

IMPRESSUM:

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Sebastian Münzenmaier,
Mitglied des Bundestages
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

Druck & Verlag:

Eigenverlag (E.i.S.)
Sebastian Münzenmaier
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin



www.muenzenmaiers-magazin.de